

Tagesordnungspunkt 12

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden-Erbenheim am 27. Oktober 2009

Verfahren des Bürgerhaushaltes (CDU)

Antrag der CDU-Fraktion:

Der Magistrat wird gebeten,
das Verfahren und die Durchsetzung des Bürgerhaushaltes – so wie es derzeit geplant und die Ortsbeiräte informiert wurden – auszusetzen und eine neue gerechtere Verteilung der bereitgestellten Mittel anzustreben, um einen sinnvollen Einsatz des Geldes zu gewährleisten. Hierzu sind die Ortsbeiräte stärker miteinzubeziehen, da diese mit den Bürgern vor Ort besseren Kontakt haben und die Gegebenheiten besser einschätzen können.

Begründung:

Nach Meinung des Ortsbeirates sind in dem Verfahren zum Bürgerhaushalt und der Ermittlung zur Verteilung des Geldes Fehler enthalten.

Wenn man bedenkt, dass mit einem Budget von 226.000 EUR für den Bürgerhaushalt 2010/2011 lediglich 1,17% der Wiesbadener Bevölkerung erreicht wurden, so muss man sich die Frage stellen, ob das Verfahren mit dem ausgewählten Marketing-Konzept und die durchgeführte Öffentlichkeitsarbeit Früchte getragen hat.

Auf Nachfrage erhält man von vielen Bürgern immer wieder die Antwort, dass ihnen gar nicht bekannt war, dass man zum Bürgerhaushalt abstimmen konnte.

Hätte man alternativ jedem Haushalt (Stand 31.12.2008:141.072) einen Brief (Kosten inkl. Porto so um die 1,00 EUR) mit Informationen über den Bürgerhaushalt zukommen lassen, wäre die Informationsdurchdringung und die Beteiligung zum Bürgerhaushalt bestimmt wesentlich besser und die Ausgaben für Erstinformation wesentlich geringer.

Nach dem derzeitigen Verfahren hat jede der abgegebenen 3233 Stimmen 57,33 EUR gekostet. Solch ein Aufwand ist im Verhältnis nicht akzeptabel.

Eine solch geringe Beteiligung ist statistisch nicht als ausreichend für einen Bürgerhaushalt anzusehen, wenn man bedenkt welche Relevanz die Abstimmung weniger auf gewisse Maßnahmen mit Kosten größer 1 Mio. haben soll.

Nach Abschluss des aktuellen Verfahrens sollen nach derzeitigem Stand die Mittel des Bürgerhaushaltes (insgesamt 1 Mio. Euro) lediglich 4 von 26 Stadtbezirken zur Verfügung gestellt werden. Die anderen 22 Stadtbezirke gehen leer aus.

Die Begründung liegt darin, dass gewisse Maßnahmen besser bewertet, stärker gewertet wurden und die Beteiligung der Bürger höher war.

Das Verfahren ist jedoch bedenklich, wenn man die Umstände betrachtet.

Dass die Anzahl der angestimmten Personen relevant ist, war vor Abstimmung gar nicht bekannt. Somit ist die Verteilung des Geldes stark davon abhängig, wie viele Bürger in einem Stadtbezirk aktiviert werden konnten, die Maßnahmen zu bewerten. Außerdem bestand die Möglichkeit, dass ein Bürger mehrmals an der Abstimmung zum Bürgerhaushalt teilnehmen konnte. Eine ausreichende Verifizierung – insbesondere beim Online-Verfahren – war nicht gegeben und gibt somit Anlass zum Anzweifeln des Verfahrens und der Ergebnisse. Es bleiben Zweifel, ob die Abstimmung demokratisch ist.

Weitere berechtigte Bedenken gegenüber dem aktuellen Verfahren hier anzubringen würde den Rahmen sprengen, weswegen wir unserem Antrag Nachdruck verleihen möchten.

Um dennoch ein gutes Ergebnis für den Bürgerhaushalt herstellen zu können, insbesondere unter der Berücksichtigung, dass in jedem Stadtbezirk Bürgerinnen und Bürger teilgenommen haben, wäre zu überdenken die Mittel des Bürgerhaushaltes auf alle Stadtbezirke, entweder durch die Anzahl derer oder nach Anwohnerzahl, zu verteilen. Die Ortsbeiräte könnten in direkter Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürger dann über einen geeigneten Einsatz des Geldes sprechen, wodurch dem eigentlichen Sinn – mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz – Angemessenheit geleistet wird

Beschluss Nr. 0066

Antragungsgemäß beschlossen.

Verteiler:

Dez I z.w.V.
Amt 10

Reinsch
Ortsvorsteher